

Medien und PolitikerInnen liefern bei der Beschreibung der Situation an der polnisch-bela-russischen Grenze ein Zerrbild der Wirklichkeit.

Unisono ist die Rede von einer „hybriden Kriegsführung“, die Lukaschenko gegen die EU führe und er dazu die Geflüchteten einsetzt. Europa erlebe einen Migrant-Ansturm, der ein Angriff auf die europäische Souveränität sei. Und BILD schreibt: „Was hier passiert ist eine Attacke auf die EU, auf Deutschland, auf uns.“

Fakt ist: Ganze 15 000 Geflüchtete wollen weder nach Belarus noch nach Polen, sondern nach D., weil ihre Lebensverhältnisse in ihrer Heimat unerträglich geworden sind.

Weder Politiker und Politikerinnen, noch Medien verlieren auch nur ein Wort darüber, dass die Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und anderen Ländern fliehen, weil die NATO-Staaten diese Länder mit völkerrechtswidrigen Kriegen überzogen und damit Tod, Elend und Verwüstungen angerichtet haben. Einziges Thema ist die angebliche Verschwörung von Lukaschenko und natürlich dem Mastermind Putin. Über die Motive der Geflüchteten, sich auf diese gefährliche Flucht einzulassen, kein Wort.

Selbst wenn ein Herr Lukaschenko ein trübes Spielchen gespielt hat, ist das noch lange kein Grund, die Geflüchteten schlimmer wie Vieh zu behandeln und erfrieren zu lassen, sondern man muss sie aufnehmen, wie das die Münchner Bürgermeisterin Verena Dietl schon im Oktober angeboten hat!! Da könnte sich Frau OB Keupen ein Beispiel nehmen.

Am Beispiel Syriens zeigt sich, wie westliche Interventions- und Sanktionspolitik die Menschen zur Flucht treibt.

Erinnern wir uns: Die deutsche Bundesluftwaffe lieferte die Zieldaten für die NATO-Bombenangriffe auf syrischem Gebiet und unterstützte damit unbestreitbare Kriegsverbrechen. Die Bundeswehr hat auch in Afghanistan dazu beigetragen, dass das Land ruiniert wurde und heute 20 Mio. AfghanInnen hungern.

Der Schurke Erdogan war nach einem internen Bericht des BND der Terrorpate, der über die Türkei zig-tausende islamistische Kopfabschneider aller Couleur als NATO-Bodentruppen nach Syrien einsickern ließ. Noch heute versorgt er die letzte Terrorbastion in Idlib.

Als wäre Syrien nicht durch die NATO und die islamistischen Banden geschunden genug, findet es der deutsche Außenminister Maas richtig, dem weitgehend zerstörten Syrien durch die Sanktionen jegliche strukturelle materielle Aufbauhilfe zu verwehren und weiter die materielle Lage der Menschen zu verschlechtern und sie letztlich zur Flucht zu treiben.

Als Folge der Sanktionspolitik von USA und EU kämpft Syrien vor allem mit extremer Armut großer Teile der Bevölkerung. Es fehlt an Energie, so dass der Strom täglich nur 2 Stunden zur Verfügung steht. Es fehlt an Öl, um Kraftwerke und Fabriken betreiben zu können.

Seit dem Herbst 2019 halten US-Truppen zusätzlich die wichtigsten Ölfelder im Nordosten Syriens besetzt, wohl wissend, dass die syrischen Kraftwerke für die Stromversorgung ihres Landes auf dieses Öl angewiesen sind.

Die Landwirtschaft leidet darunter, dass auch Dünger auf der Sanktionsliste steht und nicht an Syrien geliefert werden darf. Begründet wird dies damit, dass man mit Dünger auch Sprengstoff herstellen könnte.

Auch Wasser wird von der Türkei als Waffe gegen Syrien eingesetzt: Aktuell hat die Türkei wieder den Hahn am Euphrat zugekehrt. Ankara will vor allem die mehrheitlich kurdische »Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien« (Rojava) entlang der Grenze zur Türkei treffen.

Die Wasserdurchlaufdrosselungen der Türkei verschärfen neben dem Klimawandel die Lage der Landwirtschaft dramatisch. Syrien hat vor dem Krieg 2011 in die Nachbarstaaten Getreide geliefert, jetzt ist man abhängig von Lebensmittelspenden von Hilfsorganisationen. Laut dem Welternährungsprogramm der UNO leiden inzwischen fast 60% der Bevölkerung in Syrien Hunger, das sind 12,4 Millionen Menschen.

Die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien, die Asylanträge in Deutschland stellen, steigt wieder. Geflüchtete aus Syrien stehen von Januar-September 2021 mit 40.472 Erstanträgen auf Platz 1, das ist ein Anstieg um 57,1%.

Man behauptet, die Geflüchteten werden von Lukaschenko instrumentalisiert, das mag sein. Aber umgekehrt gilt auch: Mit der gnadenlosen Behandlung bis hin zum Sterben durch Erfrieren und Hunger instrumentalisieren Medien und EU-Politiker die Geflüchteten als Abschreckung für alle Menschen, die eine Flucht in Betracht ziehen.

Zum Schluss noch ein Blick auf die „überlegene Wertegemeinschaft“ EU:

Ich erinnere hier an den Artikel 2 des EU-Vertrages, ich zitiere **„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“**

Ernst genommen müsste das heißen, nicht länger gegen geltendes Recht zu verstoßen:

- Schluss mit der Abweisung der Geflüchteten an den Grenzen, jeder Mensch hat ein Recht darauf, einen Asylantrag zu stellen
- Schluss mit illegalen Pushbacks
- Schluss mit der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik gegen Syrien.
- Und letztlich fordert die Antikriegs- und Friedensbewegung auch von der neuen Berliner Regierung: Schluss mit den Interventionskriegen

Zum Schluss noch etwas Positives:

Auch in Polen haben in Warschau und Grenzstädten viele Hundert Menschen gegen die unmenschliche Behandlung der Geflüchteten protestiert! Das nenne ich internationale Solidarität!

Quellen: Nachdenkseiten und Junge Welt